

Prostitutionsschutzgesetz

Altpeter beharrt auf einem Verbot des Sexkaufs

Von Matthias Schiermeyer 08. Oktober 2015 - 07:00 Uhr



In Deutschland boomt die Prostitution – in Schweden gibt es keine Bordelle. Foto: dpa

Stuttgart – Katrin Altpeter, die Sozialministerin des Landes, lässt nicht locker: In ihrer SPD, vor allem aber beim grünen Koalitionspartner will sie weiter für ein Verbot des Sexkaufs nach dem schwedischen Modell kämpfen – für eine Bestrafung der Freier statt der Frauen. „Das Märchen von der glücklichen, selbstbestimmten Hure muss ein Ende haben“, forderte Altpeter am Mittwoch vor einem gut 200-köpfigen Fachpublikum in Stuttgart. Dass es Organisationen gebe, die – wie jüngst Amnesty International – die Liberalisierung und die Entkriminalisierung der Prostitution verlangen, mache sie „zutiefst betroffen“. Das habe mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Es sei „Zeit, der Verherrlichung des Gewerbes entgegenzutreten“.

Altpeter ist klar: „Der Weg dahin ist sehr weit und steinig.“ In Deutschland gebe es dafür keine Mehrheit – aber wer wisse schon, wie es in einigen Jahren aussehe. Solange sie ihr Ziel nicht erreicht, hält die Ministerin eine starke Reglementierung, wie sie die sozialdemokratische Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig anstrebt (<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.sexkauf->

[prostitutionsgesetz-spaltet-die-fachwelt.71d3bbc9-fffd-4dfc-93fc-8298bd48eee2.html](http://www.prostitutionsgesetz-spaltet-die-fachwelt.71d3bbc9-fffd-4dfc-93fc-8298bd48eee2.html)), für die „zweitbeste Lösung“. Daran wolle sie konstruktiv mitwirken.

Altpeter lehnt Anmeldepflicht der Frauen ab

Schwesigs Gesetzentwurf steht schwer in der Kritik (<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommentar-zum-prostitutionsgesetz-unentschlossen.b4d69f9c-837d-49f7-bfdb-8eb8a42a0c82.html>). Etliche Länder haben Änderungsanträge mit abweichenden Ausrichtungen im Bundesrat eingebracht. Noch ist nicht klar, wann das Gesetz in Kraft treten kann. Wie Altpeter begrüßen viele Fachleute die klar konditionierte Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten sowie das Verbot von Gang-Bang-Partys und Flatrate-Bordellen. Dann hören die Gemeinsamkeiten schon auf. Altpeter hält den Entwurf für „zu kurz gesprungen“ – er berge mehr Probleme als Hilfen. Die Anmeldepflicht für Prostituierte etwa sei „nicht das probate Mittel“. Sie hofft, über die öffentliche Debatte den ohnehin quälend langen Konsensprozess in der großen Koalition noch einmal zu beeinflussen – möglichst in Richtung schwedisches Modell. Dessen Auswirkungen werden oft widersprüchlich dargestellt. Wie es tatsächlich aussieht, schilderte die schwedische Justizkanzlerin Anna Skarhed, die von 2008 bis 2010 die Evaluierung des 1999 in Kraft getretenen Gesetzes geleitet hat.

Das Wichtigste daran, sagte sie, sei der Perspektivwechsel: „Die Nachfrage ist die Wurzel des Übels.“ Ohne Nachfrage der Freier gebe es keine Prostitution. In den ersten zehn Jahren sei der Straßenstrich praktisch halbiert worden, so die Justizkanzlerin. Stattdessen zeigte sich ein Verdrängungseffekt: Dänemark und Norwegen verzeichneten ein dreifaches Aufkommen ihres Straßenstrichs. Das Internet habe die Zahl der Anbahnungen zwar wachsen lassen – doch in den zwei Nachbarländern würden deutlich mehr Sexanzeigen im Netz veröffentlicht. Es gebe keinen Beleg für die oft geäußerte These, dass Prostitution nun verstärkt im schwer kontrollierbaren Untergrund stattfinde, so Skarhed. Auch auf eine Zunahme des Sexkaufs in Wohnungen oder Clubs gebe es keine Hinweise. Hotels würden derlei Geschäfte der Polizei von sich aus melden. „Wir wollten die Prostitution einschränken – das haben wir erreicht“, sagte sie.

Auch gesellschaftlich ist ein Wandel eingetreten: Hat vor Inkrafttreten des Gesetzes eine Mehrheit die Bestrafung von Freiern abgelehnt, sind die Schweden heute eher dafür. Die Zahl der Sexkaufwilligen hat laut Umfragen abgenommen. Aus heutiger schwedischer Sicht verstoße Prostitution gegen den Grundsatz der

Gleichberechtigung und sei mit den internationalen Prinzipien der Menschenrechte nicht vereinbar, sagte Skarhed. Folglich würden einige Länder wie Frankreich, Irland oder Norwegen diesem Modell schon folgen.

Lauter Prostitutionsgegner auf dem Podium

Somit waren nur Gegner der deutschen Zustände und der Schwesig-Pläne auf dem Podium versammelt: die Sozialarbeiterinnen Sabine Constabel (Stuttgart) und Julia Wege (Mannheim) sowie zwei Aussteigerinnen, die Prostitution als „serielle Vergewaltigung“ beschrieben. Zudem Manfred Paulus, ein guter Kenner der Szene. Der frühere Kriminalbeamte rügte: „Mit einer Kondompflicht kann man die organisierte Kriminalität nicht bekämpfen.“

Obwohl es ihnen angeboten worden war, wollten die Befürworter von Prostitution nicht aufs Podium – die Vertreterin eines Berufsverbandes, Johanna Weber, wählte sich dort auf verlorenem Posten. Lieber argumentierte sie am Rande der Veranstaltung: „Wir sind nicht die Opfer der Männer, sondern wir haben sie und ihre Geilheit in der Hand“, notierte sie für die Presse.